

Protokoll

über die Konferenzsitzung des Landtages vom 7. Mai 1937

Beginn vormittags 9 Uhr.

Abwesend alle Abgeordneten mit Ausnahme des Abg. Marxer, der nachmittags aber zur Sitzung erscheint.

1. Einbürgerung des Adolf Freiherrn von Springer in der Gemeinde Eschen.

Der Landtag stimmt nach Kenntnisnahme der Unterlagen und der zu bezahlenden Einkaufsgebühren der Aufnahme in den Landesbürgerverband mit 8 Stimmen zu und beantragt, die Einbürgerung des Freiherrn von Springer dem Landesfürsten befürwortend vor^{zu}legen.

2. Einbürgerung des Georg Tiets mit Frau, Sohn & Tochter in Triesen.

Der Landtag nimmt Kenntnis von den Gesuchsunterlagen und glaubt, dass beim Gesuchsteller versucht werden soll, die Einbürgerungstaxe auf Fr. 30,000 und die Steuer auf Fr. 1000 zu erhöhen. Dies insbesondere mit Rücksicht auf seine geordneten finanziellen Verhältnisse und seiner bald volljährigen Sohn und die Tochter, die doch immerhin eine Gefahr bedeuten.

Gemeindevorsteher und Abg. Ferdi Heidgger von Triesen setzte sich gemeinsam mit Herrn Regierungschef mit dem Bürgerrechtswerber ins Benehmen, worauf sich dieser bereit erklärt, für sich und seine Kinder jährlich eine Steuer von Fr. 1600,-, also 800 für Gemeinde und Fr. 800 für das Land zu bezahlen. Für die Erhöhung der Einbürgerungstaxe lasse er sich nicht ein.

Vizepräsident Batliner: Stimmen wir ab über den Fall. Ich nehme an, dass auch die Opposition dafürstimmt und nicht uns immer den Vorwurf macht, wir würden jeden Juden einkaufen.

Büchel: Mir sind die Juden auch nicht sympathisch, aber ich möchte nicht gegen die Gemeinden schaffen.

Risch Ferdi: Was meinen Sie, Herr Doktor?

Dr. Schädler: Ich bin grundsätzlich gegen jede Einbürgerung.

Vogt Basil: Ich möchte noch sagen, dass die Vermutung besteht, dass uns vorgeschrieben wird, wir müssen dagegen stimmen. Das stimmt nicht, denn es ist noch nie davon geredet worden, dass dagegen ge-

~~stimmt~~

stimmt werden solle. Es wurde keine Parele ausgegeben.

Batliger: Wrr dafür ist, dass der Bürgerrechtswerber aufgenommen werde, möge dies mit Handerheben kundtun.

Die Abstimmung ergibt Ablehnung der Aufnahme.

Heidegger: Die Gemeinde Triesen ist in grösster Not, so müssen wir die Arbeiten einstellen. Wir haben bereits schon einen Vorschuss darauf genommen.

Ospelt: Dann soll alles dafür stimmen.

Vogt B.: Der heutige Vorgang erachte ich als eine Erpressung.

Reg. Chef: Man darf nicht vergessen, in der Zeitung bekommt die Regierung und der Landtag Vorwürfe, man bürgere immer Juden ein.

Ospelt: Man darf auch nicht vergessen, dass mit solchem Geld schon Vieles geleistet worden ist, es sind wirtschaftliche Werte geschaffen worden.

Hoop unterstützt Ospelt, ebenso Heidegger.

Büchel: Ich beantrage Wiedererwägung des Beschlusses. Mir ist es nur wegen Triesen. Ich habe nur aus diesem Grunde dafür gestimmt.

Reg. Chef: Wenigstens soll man nachher dann aber nicht immer angebödet werden.

Dr. Schädler: Für mich ist es eine grundsätzliche Einstellung, von der ich nicht abgehen kann. Ich habe weder dem einen, noch dem anderen zugestimmt aus Grundsätzlichkeit.

Büchel: Ich habe die gleichen Grundsätze, nur dem Drange der Not folgend kann ich mich dafür einsetzen. Wir sind ganz einig hier, aber ich sehe hier für die Gemeinde Triesen keine andere Möglichkeit.

Hoop: Bürger hätte wohl jede Gemeinde genug, aber es derht sich hier um Arbeitsbeschaffung und damit werden noch wirtschaftliche Werte geschaffen.

Reg. Chef: Ich erauche im Interesse der Gemeinde Triesen, alle Abgeordneten wollen dafür stimmen. Wenn die zwei Herren der Opposition nicht so lojal sein können, dass sie Konzessionen machen, so erwarten wir, dass man wegen Einbürgerungen nicht mehr angebödet wird und bitte den Vorstand der Union, dem Herrn Redaktor entsprechende Weisungen zu geben.

Dr. Schädler: Ich muss betonen, dass es auf beiden Seiten Leute gibt, die grundsätzlich dagegen sind.

Sodann stimmt der Landtag nochmals über den Einbürgerungsfall ab, wobei ~~MMMM~~ die Mehrheit mit Stimmhaltung des Abg. Dr. Schädler und Ferdi Risch für die Aufnahme des Bürgerrechtsw. bers stimmt.

Reg. Chef glaubt, dass man diese lojale Einstellung auch in Zukunft erwarten dürfe.

Sodann wird das Protokoll der letzten Sitzung verlesen und auch genehmigt.

3. Steuerpflicht leicht. Staatsbürger.

Dr. Schädler ^{glaubt/} dass anstatt einer authentischen Interpretation das Gesetz betr. den Erwerb und den Verlust des Landesbürgerrechtes ergänzt werden sollte, weil damit eine Erweiterung der Verpflichtung der Solidarhaftung festgelegt werde, die gesetzlich festgelegt werden sollte.

Reg. Chef hält dafür, dass eine authentische Interpretation vollständig genüge und ersucht, von einer gesetzlichen Abänderung Abstand zu nehmen im Interesse des Landes und seiner Einnahmen.

Präsident teilt diese Ansicht.

Der Landtag ist mehrheitlich der Auffassung, von einer Gesetzesänderung Abstand zu nehmen.

In der Debatte bezgl. Subventionierung von Reparatur- und Renovationsarbeiten fragt Abg. Risch Ferdi an, man möchte den Zugang von Industrien mehr fördern.

Reg. Chef erwähnt, dass auf diesem Gebiete das Möglichste getan worden sei. Anfragen seien genug vorhanden, doch sei eine gewisse Vorsicht am Platze, da es meistens am Betriebskapital fehle. Ueberdies könne er mitteilen, dass er die letzte Zeit mit einem Interessent die bestehenden kleineren Betriebe besichtigt habe und es bestehe Aussicht, dass einzelne grosse Aufträge bekommen, so dass mehr Arbeitskräfte eingestellt werden könnten.

Büchel beantragt, die Knechtprämie auch 15 jährigen Jungen zu geben.

Reg. Chef hält eine Prüfung dieser Subventionierung für zweckmässig. Die Regierung werde diese Frage prüfen.

Schluss der Sitzung 11 Uhr.

Handwritten signatures and notes at the bottom of the page.

103